

Aufruf Bündnis „Keine Nazis in die Räte“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, lädt die NPD-Kreistagsgruppe im Märkischen Kreis für Donnerstag, den 22. Januar 2009 ab 16.00 Uhr zu einem Neujahrsempfang in das Lüdenscheider Kreishaus.

Neben Landes- und Bundesfunktionären der Partei ist auch der neue Bundesvorsitzende der DVU, Matthias Faust, eingeladen. Den letzten Versuch der örtlichen NPD, mit der Eröffnung ihres Kreistagsbüros medienwirksam an die Öffentlichkeit zu gehen, haben wir – wie der Rückblick zeigt, zu Recht – ignoriert. Die Medien gingen damals diesen Weg konsequent mit. In der jetzigen Situation kommen wir zum Schluss, dass wir offen Gesicht zeigen müssen gegen diese Veranstaltung.

Dies aus folgenden Überlegungen:

1. Die Veranstaltung findet nicht „versteckt“ im Kreistagsbüro, sondern im großen Sitzungssaal statt. Hier missbrauchen Demokratiefeinde einmal mehr demokratische Privilegien.
2. Die NPD wird diesmal alles daran setzen, einen Medienboykott zu durchbrechen. Dann müssen wir mit unserem Protest deutlich sichtbar sein.
3. Die Teilnahme des DVU-Bundesvorsitzenden macht deutlich, dass dies eine wichtige Veranstaltung der NPD ist, bei der es offensichtlich um die Aufstellung für das begonnene so genannte Superwahljahr geht. Sie wird nicht die einzige dieser Art sein. Es ist zu erwarten, dass es wieder einen Schulterchluss zur Aufteilung der Wahlteilnahmen geben wird.

Machen wir den Herren deutlich, dass sie nicht erwünscht sind. Spucken wir ihnen in die Wahlkampfsuppe. Stellen wir uns quer gegen rechtsradikale, gewalttätige Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit.

Es spricht Michael Hermund, Vorsitzender DGB Region Ruhr-Mark

Kommt Alle und bringt Freundinnen und Freunde mit. Wir treffen uns am Donnerstag, **den 22. Januar 2009 um 15:45 Uhr vor dem Kreishaus in Lüdenscheid.**

Keine Nazis in die Räte! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

- **DGB Region Ruhr-Mark**
- **Bündnis für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit**
 - **ver.di Südwestfalen**
 - **Jusos Lüdenscheid**
 - **SPD Märkischer Kreis**
- **Bündnis '90/Die Grünen Märkischer Kreis**
 - **DIE LINKE Märkischer Kreis**
- **Friedensgruppe Lüdenscheid u.v.a.**

Empfang der NPD löst Proteste aus

21.01.2009 · MÄRKISCHER KREIS - Die Kreistagsgruppe der NPD veranstaltet heute ab 16 Uhr erstmals einen Neujahrsempfang im Sitzungssaal des Lüdenscheider Kreishauses und löst damit massiven Protest aus. DGB, Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, Verdi Südwestfalen, Jusos, CDU, SPD, Grüne, Die Linke, Friedensgruppe Lüdenscheid und andere Gruppierungen wollen um 15.45 Uhr vor dem Kreishaus demonstrieren. Der Vorsitzende der DGB-Region Ruhr-Mark, Michael Hermund, spricht unter dem Thema "Keine Nazis in die Räte. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen." Uwe Scholz, Geschäftsführer der CDU-Kreistagsfraktion: "Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, sich gegen Extreme in den Parlamenten zu wenden."

" Die Kreisverwaltung prüfte gestern intensiv, die Räume für eine derartige Veranstaltung nicht zur Verfügung zu stellen, kam aber zu dem Ergebnis, dass eine Untersagung "gerichtlich zu risikoreich" sei, so Kreis-Fachbereichsleiter Rainer Prokott.

Neben dem neuen DVU-Bundesvorsitzenden, Matthias Faust aus Hamburg, hat nun auch der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner, Dr. Björn Clemens, seine Teilnahme am Neujahrsempfang der NPD zugesagt. Der Kreistagsabgeordnete Timo Pradel erwartet außerdem eine Reihe von NPDlern aus NRW.

Weil Gastgeber Pradel in einer ersten E-Mail rund ein halbes Dutzend Redner aus Bund und Land angekündigt hatte - darunter Faust und Cremer sowie weitere Landesvorstandsmitglieder - glich der Empfang einer Parteikundgebung. Derartige Veranstaltungen sind nach einem Beschluss der Kreistages im Kreishaus nicht erwünscht. In einer zweiten Ankündigung ruderte Pradel dann zurück. Nach seiner Begrüßung soll nur noch Stephan Haase, Geschäftsführer der NPD-Gruppe im Kreistag, eine Rede halten, von Cremer wird ein Grußwort erwartet, anschließend soll das Festbankett eröffnet werden. Mit dem Stutzen der Rednerliste sah der Kreis keine Handhabe mehr, den Saal nicht zur Verfügung zu stellen.

Neujahrsempfänge haben in der Vergangenheit auch andere Fraktionen durchgeführt. "Es kommt aber darauf an, wer alles kommt", so Prokott. Nach einer Veranstaltung der Republikaner-Fraktion 1993 mit dem Landesvorstand, von der die Verwaltung erst anschließend Kenntnis erhielt, entschloss sich die Kreistagsmehrheit, derartige Parteitreffen nicht mehr im Kreishaus zuzulassen.

Bernd Benscheidt von der Friedensgruppe Lüdenscheid unterstrich, dass die NPD-Veranstaltung angesichts der bevorstehenden Wahlen nicht ignoriert werden könne. "In der jetzigen Situation kommen wir zum Schluss, dass wir offen Gesicht zeigen müssen. Die Veranstaltung findet nicht versteckt im Kreistagsbüro, sondern im großen Sitzungssaal statt. Hier missbrauchen Demokratiefeinde einmal mehr demokratische Privilegien." Der Protest müsse deutlich sichtbar sein. "Die Teilnahme des DVU-Bundesvorsitzenden macht deutlich, dass dies eine wichtige Veranstaltung der NPD ist, bei der es offensichtlich um die Aufstellung für das begonnene so genannte Superwahljahr geht. Sie wird nicht die einzige dieser Art sein. Es ist zu erwarten, dass es wieder einen Schulterchluss zur Aufteilung der Wahlteilnahmen geben wird."

Nach Angaben von Polizeisprecher Michael Bechatzek plant die Behörde keinen besonderen Einsatz: - be

Donnerstag Demo gegen Rechtsextremisten

Eine rechtsextreme Partei, die auch im Kreistag vertreten ist, nutzt am Donnerstag, 22. Januar, den großen Sitzungssaal des Lüdenscheider Kreishauses, um einen Neujahrsempfang auszurichten.

Der Versuch der Kreisverwaltung, die Veranstaltung der rechtsextremen NPD zu untersagen, scheiterte: Nach Abwägung der juristischen Möglichkeiten sei die Verwaltungsspitze zu dem Ergebnis gekommen, dass zu viele Risiken gegen die Durchsetzung eines Verbotes sprächen, erfuhr die WR aus dem Kreishaus.

Unterdessen formiert sich breiter Protest gegen die Veranstaltung: Ein Bündnis aus Deutschem Gewerkschaftsbund, Verdi, Bündnis für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Jusos, SPD, Bündnis'90/Die Grünen, Linkspartei und Friedensgruppe Lüdenscheid ruft zu einer friedlichen Kundgebung auf. Der Titel der Demonstration: „Keine Nazis in die Räte! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ Der Protest beginnt am Donnerstag, 22. Januar, ab 15.45 Uhr vor dem Kreishaus (Heedfelder Straße).

Wie die WR weiter erfuhr, haben die Rechten die Ausmaße ihres Neujahrsempfangs bereits beschnitten; die Rednerliste ist gekürzt. Die rechtsextremen Parteien NPD und Die Republikaner waren bei der letzten Kommunalwahl mit je einem Vertreter in das Kreisparlament eingezogen. Im Laufe der Wahlzeit haben sie sich zu einer gemeinsamen „Kreistagsgruppe“ zusammengeschlossen, was sie in die Nähe des Fraktionsstatus' bringt.

Demo gegen Rechts in Lüdenscheid

Vor dem Kreishaus in Lüdenscheid haben sich am Nachmittag rund 100 Demonstranten gegen Rechts versammelt. Fraktionen im Kreistag und die Friedensgruppe hatten zu der Demonstration aufgerufen. Anlass für die Kundgebung war der Neujahrsempfang der NPD im Lüdenscheider Kreishaus. Die Verwaltung konnte die Versammlung aus juristischen Gründen nicht verhindern.

Missbrauch demokratischer Gepflogenheiten"

Lüdenscheid. (CMz) Als "Missbrauch demokratischer Gepflogenheiten" geißelten gestern die Gegendemonstranten eine Veranstaltung der rechtsextremen Partei NPD im Kreistagssaal.



Gewerkschaften, Parteien, Friedensgruppe und das Bündnis für Zivilcourage und gegen Fremdenfeindlichkeit hatten zum Protest vor dem Kreishaus gegen die NPD-Veranstaltung aufgerufen. (WR-Foto)

Rund 100

Menschen, aus allen Altersklassen und über Parteigrenzen hinweg, protestierten bei eisigem Wind gegen einen "Neujahrsempfang" der NPD im Kreishaus; zu den Demonstranten gehörten auch Bürgermeister Dieter Dzewas und etliche Ratsmitglieder.

Zum Protest aufgerufen hatte ein breites Bündnis, u. a. die Friedensgruppe. Sie befürchtet, dass sich rechte Parteien bei den bevorstehenden Wahlen zusammentun, um Sitze in den Kommunalparlamenten zu gewinnen.

Aus einer Wohnung dem Kreishaus gegenüber hängten Bewohner eine Reichskriegsflagge des Kaiserreichs aus; die Polizei griff ein und ließ sich die Flagge aushändigen.

Lautstarker Protest

Märkischer Kreis, Carsten Menzel. Lautstark, aber friedlich: Rund 100 Menschen haben gestern vor dem Lüdenscheider Kreishaus gegen den Neujahrsempfang der rechtsextremen Partei NPD im Sitzungssaal des Kreistags protestiert. Am Rande der Demonstration nahm die Polizei zwei Sympathisanten aus dem rechten Spektrum in Gewahrsam, um einer Eskalation vorzubeugen. Die beiden Männer sind laut Polizei aus Wuppertal.

Außer kleineren Rempereien mit eintreffenden NPD-Anhänger blieb es bei verbalen Protesten der Demonstranten, in die sich auch Ex-Kreisdirektor Michael Rolland (SPD) eingereiht hatte.

Eine Provokation, die zumindest noch ein politisches Nachspiel haben dürfte, gab es von Seiten der Rechten: Sie stellten Parteiwerbung ins Fenster des Kreishauses. Nach einem Hinweis durch Mitarbeiter des Staatsschutzes forderte Kreisdirektorin Barbara Dienstel-Kümper die NPD-Verantwortlichen auf, die Parteiwerbung zu entfernen. Wenig später wiederholte sich dieser Vorfall allerdings.

„Hier missbrauchen Demokratiefeinde einmal mehr demokratische Privilegien“, urteilte Michael Hermund, DGB-Vorsitzender des Bezirks Mark-Ruhr, über die NPD-Veranstaltung im Kreishaus. Er sprach der so genannten NPD-Kreistagsgruppe die demokratische Legitimation ab: Die Gruppe setzt sich aus zwei Abgeordneten zusammen, von denen einer allerdings für die ebenfalls rechtsextreme Partei „Die Republikaner“ ins Kreisparlament eingezogen ist, und nicht für die NPD. Hermund verteidigte den Protest: Es sei an der Zeit, „offen Gesicht zu zeigen“.

„Toleranz wird zum Verbrechen, wenn sie Bösem gilt“ stand denn auch in großen Lettern auf einem Transparent der Protestierenden.

In einem Schreiben an die Kreistagsfraktionen, das der WR-Redaktion vorliegt, rechtfertigt Landrat Aloys Steppuhn seine Entscheidung, der NPD die Nutzung des Sitzungssaals nicht untersagt zu haben: Die NPD habe im Vorfeld „verbindlich“ zugesagt, „den Charakter einer Parteiveranstaltung auszuräumen“.

Bild vom 22.01.2009 Kreishaus Lüdenscheid



Landrat nach NPD-Treffen in der Kritik

23.01.2009 - MÄRKISCHER KREIS - Der Neujahrsempfang der NPD im kleinen Sitzungssaal des Lüdenscheider Kreishauses am Donnerstag schlägt in den Kreistagsfraktionen von SPD und FDP hohe Wellen. Landrat Aloys Steppuhn will eine Hausordnung für die Nutzung erstellen.

Axel Hoffmann, Fraktionschef der Liberalen, will in der nächsten Woche das Gespräch mit Landrat und den übrigen Fraktionen suchen, damit sich eine Veranstaltung der Rechtsextremisten im Kreishaus nicht wiederholt. "Das darf nicht noch einmal passieren." In einem Schreiben an die Fraktionen hatte der Landrat am Mittwoch mitgeteilt, warum die Raumreservierung nicht aufgehoben wurde: "Ein mögliches Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg hätte in diesem konkreten Fall einen offenen Ausgang. Für den Fall, dass der Märkische Kreis in diesem Rechtsstreit unterliegt, wird die öffentliche Berichterstattung Ausmaße annehmen, die der Bedeutung des Sachverhaltes nicht gerecht werden."

Das sieht Hoffmann anders: "Die Verwaltung hätte die Veranstaltung verbieten sollen und eine mögliche juristische Niederlage vor Gericht einkalkulieren müssen. Das hätte der Bevölkerung deutlich gezeigt, dass wir diese Leute nicht wollen. Die Demonstration vor dem Kreishaus in eine Sache, aber was juckt das die, die drinnen im Warmen feiern." Hoffmann fordert dringend eine grundsätzliche Klärung. "Die Partei ist nicht verboten, aber wir wollen sie nicht in unserem Haus. Wenn wir jetzt keine Regelung treffen, haben wir im nächsten Jahr möglicherweise wieder das Theater." Der FDP-Fraktionschef ist durchaus bereit, eigene Veranstaltungen der Fraktionen wie zum Beispiel Wahlpartys im Kreishaus zu streichen. "Das ist der Preis der Demokratie."

Mit Verärgerung und Unverständnis hat die SPD-Kreistagsfraktion zur Kenntnis genommen, dass der NPD der Saal überlassen wurde. In einem offenen Brief an Steppuhn schreibt Ulrich Duffe, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: "Unser Unverständnis wurde noch größer, als wir Ihrem Schreiben vom 21. Januar an die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Kreistagsfraktionen entnehmen konnten, dass dieser Saal sogar der NPD von Ihnen angeboten wurde - durchaus in der Kenntnis, dass es sich um den NPD-Neujahrsempfang handelt. Wir möchten Sie dringend auffordern, bei zukünftigen Entscheidungen in Fragen des Umgangs mit Rechtsradikalen den Schulterschluss mit den demokratisch gewählten Fraktionen im Kreistag zu suchen. Diesmal haben Sie leider versäumt, in den ersten Januarwochen Ihre Entscheidung mit den Fraktionsvorsitzenden interfraktionell abzustimmen und so den unrühmlichen Auftritt der NPD im Lüdenscheider Kreishaus ermöglicht. Das bedauern wir." Die SPD-Fraktion hätte es richtig gefunden, wenn der Landrat der NPD den Saal verwehrt hätte, da dieser nicht als Forum für Propagandaveranstaltungen von Gruppierungen dienen dürfe, die nachweislich Gegner der demokratischen Ordnung seien, so Duffe.

Steppuhn reagierte gestern umgehend auf das SPD-Schreiben und wies daraufhin, dass er als Behördenleiter die NPD-Kreistagsgruppe ebenso behandeln müsse wie

alle anderen Fraktionen des Kreistages. Dies erfordere der selbstverständliche Grundsatz der Rechtmäßigkeit und der Gleichbehandlung.

"Ich habe die Vorkommnisse rund um die gestrige Veranstaltung, unter anderem das unerlaubte Plakatieren, zum Anlass genommen, der NPD-Kreistagsgruppe anzukündigen, ihr für die Zukunft jegliche Nutzung von Räumen der Kreisverwaltung für derartige Zwecke zu untersagen. In diesem Zusammenhang beabsichtige ich, generell für die künftige Nutzung kreiseigener Gebäude und Räume durch Kreistagsfraktionen und Gruppen von Kreistagsabgeordneten, eine Hausordnung zu erstellen. Unabhängig davon verbitte ich mir aber sowohl heute als auch für die Zukunft von Ihnen Belehrungen im Umgang mit der NPD-Kreistagsgruppe und sonstigen rechtsradikalen Organisationen. Sie können sicher sein, dass ich in meinem Amt als Landrat meine Entscheidungen auf der Grundlage der verfassungs- und gesetzmäßigen Ordnung der Bundesrepublik und des Landes treffen werde." - be

Lüdenscheider Nachrichten vom 24.01.2009

KOMMENTAR

Aus Schaden wird man klug

Von Bernd Eiber



☎ 02351/158302

Dass Landrat Aloys Steppuhn nach dem Neujahrsempfang der NPD jetzt eine Hausordnung für die künftige Nutzung von kreiseigenen Gebäuden durch Fraktionen und Gruppen plant, ist zweifellos richtig. Schade ist nur, dass es sie nicht längst, wie in anderen Städten und Kreisen, gibt. Zweifellos wäre es auch vernünftig gewesen, sich vorher mit den Fraktionen abzustimmen. Als Behördenleiter muss er selbstverständlich den Grundsatz der Rechtmäßigkeit und Gleichbehandlung beachten. Der Feststellung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Axel Hoffmann ist zuzustimmen, dass der Landrat die Nutzung des Sitzungssaals hätte untersagen müssen. Eine mögliche Niederlage vor dem Verfassungsgericht bei einer Klage der NPD wäre für den Kreis durchaus verkräftbar gewesen.

Denn das Signal an die Bürger wäre deutlich gewesen: Diese politische Gruppierung ist im Haus nicht erwünscht. Selbst Steppuhn räumt in seiner Begründung für die Überlastung des Raumes einen offenen Ausgang bei einem Klageverfahren ein. Das ist in vielen Fällen so und trotzdem werden die Gerichte bemüht. Bei einer Niederlage unterstellt Steppuhn eine breite öffentliche Berichterstattung, die der Bedeutung des Sachverhaltes nicht gerecht werde. Diese Publizität hat er jetzt auch ohne Urteil erreicht. Wenn der Landrat nun gereizt auf die Kritik der SPD reagiert und sich Belehrungen der Opposition verbittet, ist das im Ton sicherlich nicht angemessen. Die demokratischen Parteien sollten jetzt gemeinsam in einer sachlichen Diskussion nach Lösungen suchen. Aus Schaden wird man klug.



Protest in der Kälte

Mehr als 100 Menschen demonstrierten am Donnerstag gegen den NPD-Empfang. Während der Protest in der Kälte stattfand, hatten es die Rechten gemütlich warm im Sitzungssaal. Für FDP-Kreisfraktionschef Axel Hoffmann ein Unding. Landrat Aloys Steppuhn kündigte an, eine Hausordnung für die Kreisgebäude zu schaffen. • Foto: Moos

Bilder vom 22.01.2009 Kreishaus



WR-KOMMENTAR

Eine schlechte Entscheidung

Von Carsten Menzel

Die Abwägung, der rechten NPD einen Raum im Kreishaus zur Verfügung zu stellen, oder nicht, war nicht einfach. Eine politisch richtige Entscheidung gab es nicht: nur eine schlechte und eine weniger schlechte. Landrat Aloys Steppuhn hat die schlechte gewählt. Sein Versuch, die Sache kleinzuhalten, ist gescheitert – und musste es wohl auch.

Die NPD hat sich nicht an ihre Zusage gehalten; sie hat den Empfang sichtbar als Parteiveranstaltung missbraucht: Die Wahlpropaganda im Kreishausfenster war eine offene Provokation.

Jetzt steht der Landrat als Hausherr und Behördenleiter in der Kritik. Der treffendste Vorwurf: Er hat die übrigen Fraktionen nicht oder erst spät informiert, hat einen Schulterchluss mit den Parteien, die auf dem Boden der Demokratie und der freiheitlichen Grundordnung stehen, gegen die NPD gar nicht erst versucht. Das war halbherzig und mutlos.

Verhindern können solche Vorkommnisse indes nur die Wähler. In dem sie rechten Parteien die Unterstützung versagen.